

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 61	S0331/19	31.07.2019
zum/zur		
A0147/19 SPD-Stadtratsfraktion		
Bezeichnung		
Barrierefreie Straßenbahngleisquerung in Höhe des Olvenstedter Scheides		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		13.08.2019
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr		12.09.2019
Finanz- und Grundstücksausschuss		25.09.2019
Stadtrat		17.10.2019

In der Sitzung des Stadtrates vom 13.06.2019 wurde folgender Antrag (A0147/19) gestellt:

*„Am nicht barrierefreien Fußgängerüberweg über die Straßenbahnschienen in Höhe des Olvenstedter Scheides soll kurzfristig eine barrierefreie Gleisquerung eingerichtet werden. Der Antrag soll die diesbezüglichen Bemühungen der Stadtverwaltung unterstützen. Dafür notwendige Kosten sind in einer Information darzustellen.“*

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung.

Die Trasse Olvenstedt wurde für eine Höchstgeschwindigkeit mit 50 km/h errichtet, daraus ergeben sich u.a. Überhöhungen im Kurvenbereich (Querneigung zum Kurveninneren) entlang der Trasse. Daraus resultiert die hoch und runter gehende Oberfläche beim Überqueren. Lediglich an Straßenkreuzungen wurde auf diese Kurvenneigungen verzichtet.

Die bauliche Herstellung eines barrierefreien Übergangs im Bereich Bruno-Taut-Ring / Olvenstedter Scheid hätte die Anpassung der gesamten Gleisanlage zwischen den Haltestellen Am Stern und Brunnenstieg (rd. 600m) zur Folge. Das Absenken der Überhöhung im Kurvenbereich allein ist nicht möglich.

Eine Reduzierung der Geschwindigkeit der Straßenbahn auf 30 km/h wäre die Folge. Dies hätte zeitgleich Auswirkungen auf die Reisezeit. Diese ist wiederum für die Verkehrsmittelwahl ein entscheidender Faktor. Längere Fahrzeiten wirken sich wieder negativ auf die optimierten Umläufe bei der Straßenbahn aus.

Bei Beibehaltung der Umlaufgestaltung der Straßenbahnen sowie der Höchstgeschwindigkeit wäre eine barrierefreie Querung nur durch die Errichtung einer Fußgängerbrücke möglich. Ein Brückenbauwerk mit den entsprechenden Rampen würde überschläglich Kosten von mindestens 1,5 Mio. EUR verursachen.

Dr. Scheidemann  
Beigeordneter für Stadtentwicklung,  
Bau und Verkehr